Bericht zur Ratssitzung am 20.07.2012
Zu Tagesordnungspunkt 9:
Sachstandsbericht A39 – Verlegung Anschlussstelle und L289/B248

Bgm Reissig unterrichtete die Ratsmitglieder und anwesenden Bürger über die Entwicklung der geforderten Änderungen der Trassenführung und Umfahrung.
Die Straßenbaubehörde hatte der Gemeinde im Januar eine neue Planung vorgelegt, wonach nun doch die Anschlussstelle der A39 weiter in den Norden verlegt werden soll.
Gemeinsam mit den betroffenen Anliegern, den Landwirten und weiteren Verbänden wurden Alternativvorschläge erarbeitet, die im Rahmen des „Dorfgespräches“ im Juni der Bevölkerung vorgestellt und vom Rat als Stellungnahme an die Straßenbaubehörde weitergeleitet wurden.
In dieser Stellungnahme machte die Gemeinde die Maximal- und Minimalforderungen deutlich. Hierbei wurde den landwirtschaftlichen Belangen und die direkte Verbindung zwischen den beiden Ortsteilen die oberste Priorität gegeben.
Bgm Reissig freute sich, der Öffentlichkeit das Ergebnis der intensiven Verhandlungen mitteilen zu können.
Nachdem es Aufklärungstermine, gemeinsam mit der zuständigen Planungsbehörde des Landes Niedersachsen, dem Zweckverband Großraum Braunschweig, der Landwirtschaftskammer, dem Landvolk und der Gemeinde stattgefunden haben, konnten doch viele Forderungen der Gemeinde mit in die Planung aufgenommen werden.
Ein großes Lob an die Straßenbaubehörde, die auch die geforderte Verlegung der L289/B248 bis an den nördlichen Waldrand mit in die Prüfung mit einbezog. Leider standen Natur schützende Belange dagegen und die erhofften Verbesserungen für die Landwirtschaft nicht herausgearbeitet werden, so dass sich alle Beteiligten auf eine südlicher liegende Trasse einigten, die aber immer noch höher liegt, als die im Januar vorgestellte Variante.

Die Forderungen der Bürgerinitiative Ehra konnten in vollem Umfang umgesetzt werden. Auch eine Kreisellösung am neuen Kreuzungspunkt wurde aufgenommen.

Lange und zähe Verhandlungen benötigte die Forderung, an der zukünftigen alten Trassierung L289 eine Überquerung über die zukünftige Autobahn zu bekommen. Diese Lösung wird nun auch in die Planung mit eingebaut und dem Bundesministerium zur Genehmigung vorgelegt..
Dafür soll das große Brückenprojekt über den Bullergraben (vorher ca. 300m lang) nur noch eine Unterführung für die Grabenniederung werden. Fahrzeuge sollen dann dort nicht mehr durchfahren können. Das bedeutet nun auch für die Lessiener, das an dieser Stelle kein zusätzlicher Verkehr mehr aufkommt und unsere Bürger gefahrenfrei zwischen den beiden Ortsteilen über die neue geplante Brücke pendeln können.

Die Gemeinde Ehra-Lessien scheiterte an der Forderung, auch für Lessien nördlich eine Umfahrung zu bekommen. Begründung war einerseits der zu geringe Zubringerverkehr zur Anschlussstelle und die Anbindung an die zukünftige gewerbliche Nutzung im Bereich des Truppenübungsplatzes. Hierzu erteilte die Straßenbaubehörde eine strikte Absage, da das zukünftige Verkehrsaufkommen durch den Ort eine Notwendigkeit nicht hergibt und der Bund, bzw. das Land Niedersachsen nicht zuständig sind für Erschließungsstraßen in Gewerbegebiete.
Hier wurde aber seitens der Gemeinde die Zusicherung eingeholt, dass einem Bau einer Gemeindestraße, abzweigend von der neuen Trassierung der L289, nichts entgegen steht. Diese Trassenführung könnte im Zuge der Bebauungs- und Flächennutzungsplanung mit aufgenommen werden.

Somit wäre eine zukünftige Entlastung des Verkehrsaufkommens in der Platzstraße zu realisieren.

Die nun vorgelegte Planung muss nun so auch vom Bund genehmigt und im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens auf den Weg gebracht werden.
Erst dann kann die Gemeinde sicher sein, sollte die Autobahn gebaut werden, dass die Forderungen umgesetzt werden.

Zusätzlich wird sich die Gemeinde dafür einsetzen, dass es im Kurvenbereich in Höhe des Caterinenhofes eine Verkehrsberuhigung gibt. Mindestens muss an dieser Stelle dann eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 Kmh vorgegeben sein. Außerdem wir dann die Weiterführung des an dieser Stelle einmündenden bestehenden Radweges an der Südseite bis Ortseingang Lessien gefordert, so das Niemand die Straße queren muss.

Zur weiteren Sicherung der Bürger ist eine Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahem in Lessien geplant. Ähnlich wie die Maßnahme in Ehra, soll von Grußendorf kommend auch die Ortseinfahrt Lessien umgestaltet werden, damit die Geschwindigkeiten in der Ortsdurchfahrt abgebremst werden. Die Kosten für diese Maßnahme trägt die Gemeinde.
Weiterhin hat der Rat die Kabelverlegung zwischen Lessien und dem neuen Hotelprojekt in Richtung Grußendorf entlang des Radweges beschlossen, so dass später dieser Weg beleuchtet werden kann. Auch das dient zur Sicherheit der Lessiener Bürger.